

Gammelt für Mansfeld!

Mansfeld muß siegen!



Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ost Sachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Zeitungspreis: die normalen gelöschten Reparaturzettel über deren  
Summe 30 Pf., für Sammelanlagen 20 Pf., für die Reißzettel (anlässlich eines  
an den breitgelagerten Zeit einer Zeitschrift) 1,50 RM. Ausgaben-Beschränkungen nur  
wöchentlich von 9 Uhr zu 22 in der Zeitung Dresden-M. I. Güterbahnhofstraße 2

Zeitungspreis: bei Haus monatlich 2,50 RM (zahlt im voraus), durch  
die Post 3,00 RM (ohne Zustellung). Die „Arbeitsstimme“ erscheint alle  
Woche auf 20 Seiten und kostet 20 Pf. Der Name „Arbeitsstimme“ besteht kein  
Anspruch auf Ablösung der Zeitung oder auf Fortführung des Bezugspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-K. Goldschmiede und  
Kettwig; Güterbahnhofstr. 2, Postfach 17 250. Volkshaus: Dresden 18 600.  
Sprechstunden: Montags 16-18 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17-18 Uhr  
Betriebs- und Arbeitswesen. Dienstag, Freitag 18-19 Uhr juristische Sprechstunde.

6. Jahrgang

Dresden, Montag den 30. Juni 1930

Nummer 149

## Kommunisten fordern

# Arbeit und Brot für alle!

### Arbeitsbeschaffungs-Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion — Mobilisiert die Betriebe und Stempelstellen zu außerparlamentarischen Massenkämpfen!

Die kommunistische Reichstagsfraktion brachte zur Beratung  
des Arbeitsrats folgenden Antrag ein:

#### Antrag

Schoeler, Torgler, Schröder (Merseburg), Rädel, Frau Arendsee  
und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

Die Reichsregierung wird aufgefordert, sofort nachstehende  
Maßnahmen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, zur  
Vinderung des Massenelends und zum Schutz der Volksgesundheit  
durchzuführen und entsprechende Gesetzesmaßnahmen vorzulegen:

1. Die tägliche Maximalarbeitszeit wird bei vollem Lohnausgleich auf sieben Stunden festgesetzt; für Bergarbeiter unter  
Tage, für Jugendliche auf 6 Stunden; die Leistung von Überarbeiten  
ist verboten.
2. Den Anträgen auf Stilllegung der Betriebe darf nicht  
entgegengesetzt werden; ebenso sind alle Betriebs-  
einschränkungen untersagt.

Die bereits durchgeföhrenen Betriebsstilllegungen sind sofort  
wiederum möglich zu machen.

Den durch die Betriebsstilllegungen und Einschränkungen  
zur Entlastung gekommenen Arbeitern und Angestellten ist  
der volle Arbeitsverdienst bis zu ihrer Wiedereinstellung weiter zu zahlen. Bei Verkürzung der Arbeitszeit  
unter sieben Stunden ist der volle Lohnausgleich zu  
zahlen.

3. Alle Unternehmungen, private wie die des Reiches, der  
Länder und Gemeinden, haben die vorhandenen  
öffentlichen und freiverwendenden Arbeitsplätze bei dem  
zuständigen Arbeitsamt anzumelden. Sämtliche öffentlichen  
Arbeitsplätze dürfen nur durch die Vermittlung des zuständigen  
Arbeitsamtes unter Kontrolle des von den Arbeitern gewählten Erwerbsoberausschusses besetzt werden.

4. Zur Beseitigung der Wohnungsnot gibt das Reich an die  
Gemeinden und Gemeindeverbände Zulüsse in der Höhe  
von 800 Millionen Mark zur Errichtung von gemeinde-  
eigenen Arbeitserwähnungen mit zwei bis drei Zimmern,  
Küche und Bad.

5. Für Arbeitsbeschaffung stellt die Reichsregierung außer den  
bereits im Etat für die produktive Erwerblosenfürsorge einge-  
planten Mitteln weitere 500 Millionen Mark zur Verfügung.

Die Mittel sollen zur Beseitigung der bereits begonnenen  
und projektierten Bauten, wie Mittellandkanal, Süßflügel  
des Mittellandkanals, Nauen-Ahne-Kanal usw., zur In-  
satznahme und Weiterführung von Staunlagen (Hörze-  
talperte, Saaletalperte und ähnlichen), zur Durchführung  
begonnenen Bahnbauarbeiten Verwendung finden. Vor allem aber  
sollen die Hochwasserschäden, Dombrüche, Straßenbrüche  
usw. sofort beseitigt und Arbeit in Angriff genommen

werden, die in Zukunft die Hochwassergefahr verringern  
(Flussregulierungen, Errichtung und Ausbau von Dämmen).

6. Zur Förderung des Sozialen von gemeindeeigenen Handwerksbetrieben werden 300 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.
7. Die Reichsbahnanstalten, besonders der Oberbau, sind be-  
schleunigt zu erneuern. Die Reichsbahnhauptverwaltung ist  
angewiesen, die Erneuerung des 7000 Kilometer alten Bahn-  
netzes durchzuführen. Der Beschluss der Reichsbahnverwaltung, der  
vorsteht, daß 20 000 Zeitarbeiter weniger eingestellt werden  
sollen, wird rückgängig gemacht. Die Säligung von Eisen-  
bahnhauptstädten hat zu unterbleiben; die bereits geschlossenen  
sind wieder in Betrieb zu nehmen. Die Einrichtung von  
Reparaturarbeiten an Fahrzeugen wird aufgehoben.
8. Der Ausbau von Post- und Fernsprechanstalten ist be-  
schleunigt durchzuführen.
9. Für den Bau von Krankenhäusern und Heilstätten durch die  
Komunen und Versicherungssträger hat die Reichsregierung  
300 Millionen Mark auf Zuschüssen zu überweisen.
10. Zur Errichtung von gemeindeeigenen Sport- und Spiels-  
plätzen, Schwimm- und Turnhallen sind 100 Millionen aus  
Reichsmitteln an die Komunen zu überweisen.

Berlin, den 28. 6. 1930.

Die wachsende Arbeitslosigkeit und damit die unzureichende  
Beschäftigung des Massenelends muß eine gewaltige Bewegung  
zum Kampf um die Existenz der Werkstätten auslösen. Immer  
größer wird die Empörung der Massen, immer energischer  
die Forderung nach Arbeit und Brot. Aber nicht nur die  
Arbeiter und Angestellten, sondern auch die Kleinges-  
werbetreibenden, die kleinen Bauern werden  
durch die unangestochte Sanktion der Massenkonkurrenz zum Ruin  
getrieben. Vor einer Woche stellte die Kommunistische Partei  
dem Raumprogramm des Brüningskabinetts und dem ähnlichen  
Forderungen enthaltenden sozialdemokratischen Budgetvorlage  
ein umfassendes Programms entgegen, nach dem die Prä-  
sidenten die Fragen zu tragen haben. Um Sonnabend  
hat nunmehr die kommunistische Reichstagsfraktion einen Antrag  
zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingereicht. Dieser Antrag  
wird aber nur verwirklicht werden durch große außerparlamentarische  
Massenaktionen. Deshalb gilt es, diese Forderungen  
an den Stempelstellen und in den Betrieben zur Diskussion zu  
stellen. In den Gewerkschaften und den Arbeitsorganisationen,  
überall müssen entsprechende Beschlüsse gefaßt werden. In den  
Gemeinderäten und überall dort, wo Kommunisten und  
die Anhänger der KPD tätig sind, müssen diese Forderungen  
erhoben und die proletarischen Massen zum Kampf zur Durch-  
führung dieser Forderungen aufgerufen werden.

#### „Der Rhein ist frei!“

## Blitz dem Steuereintreiber!

Dresden, den 30. Juni.

—p. Die bürgerliche Presse bemüht sich in gewundenen  
Redewendungen, den am Sonnabend von Brünning und Dietrich  
vorgezogenen Budgetvorlagen eine gute Aufnahme in den  
Massen zu bereiten. Das ist natürlich eine schwierige Aufgabe,  
und so steht denn die ganze Weite in dasselbe Horn: „Es geht  
nicht anders“. Die Dresden Nachrichten, das inoffizielle Publ-  
likationsorgan der Nazis, ein Blatt, das sich nicht genug tun  
kommt in der Propaganda für das verlogene „Volksbegegnung“  
der Hugenberg und Hitler, steht natürlich den Vogel ab:

„Wer sich gegen sie (die Belastungen) wehrt ... wird die  
Gründe etwas tiefer suchen müssen als es gemeinhin geschieht.“  
Um nochmal lang und breit die verlogene „Rotschicht“, die  
täglich dem Leser vorgelebt werden, wieder zu erwähnen, nach  
dem erst noch eine Seite wie die folgende ihre „Unschuld“ be-  
treuen soll:

„So kann man diese Budgetvorlage, die nur voraus-  
sichtlich Wirtschaft wird, als in höherem Sinne ungerecht  
bedacht, und nur jährlingsmäßig werden die Betroffener  
von ihr Kenntnis nehmen.“

Nachdem für die Beamten nach niemand Hin und Her nichts  
als der Trotz des „Jährlingsmärchen“ Tintenfusis herauskom-  
mt, legt er aber los:

„Wenn dies aber geschieht, so ist Voraussetzung, daß auch  
in den Tarifverträgen insbesondere der Arbeit-  
nehmerseite die gleichen Grundsätze sich durchsetzen und  
daß nicht Tarife, unabhängig davon, wie es der jeweiligen  
Firma geht, durchgesetzt werden können, die schließlich, wie  
man es bei der Arma Mansfeld und auch anderorts erlebt  
hat, zum Ruin der Unternehmungen führen.“

Die Lüge steht dielen Preßeropellen an der Stirn geschrie-  
ben; denn alle Welt weiß, welche Milliardenprolektie  
die deutschen Kapitalisten in den letzten Jahren machten. Da-  
die Dresden Nachrichten haben selbst erst vor kurzem über die  
anlangende Rote Flotte der Mansfeld AG berichtet. Aber  
Geschäft ist Geschäft; da kommt es auf einen Schwund mehr  
oder weniger nicht an. Der Gipfel des Jährlings aber ist doch:

„Die gesamte Budgetvorlage ist deshalb auch unter den  
Gesichtspunkten zu verneinen, daß alles vermieden werden  
muß, was die Kapitalfamilie befürchten könnte. Die...  
Maßnahmen, die zu einer Senkung der Kapital-  
belastung führen..., sollen dazu beitragen, die Detar-  
teure der Steuerfreiheit... zurückzuholen...“

Zum Schluß heißt es dann, daß der Eindruck der Ausfüh-  
rungen von Brünning und Dietrich „außerordentlich stark“ war in-  
folge der „harteren“ Haltung des Reiches und der Wirtschaft“.

Der zweit sozialen Stillungen, die natürlich nichts Neues  
ist, ist den außerparlamentarischen Boden für diesen neuen  
Raubzug vorzubereiten; den Massen einzureden, daß es ihrer-  
wegen erforderlich sei, nach offiziellen Schätzungen werden vom  
Reich, von den Ländern und Gemeinden etwa 25 Milliarden  
jährlich insgesamt verpalvort. Durch die Finanzpolitik der  
letzten Jahre ist den breiten Volksmassen nach und nach immer  
mehr aufgebürdet worden. Während die großen Truste Mi-  
lliarden aus den Siegerstaaten der Weltkriegen zuge-  
schauten, „Boglandet“ mit der ewigen „Mallage der  
Wirtschaft“ erhielten sie selbst häufige größere Steuerleicht-  
sungen. Durch die Finanzpolitik, die von der SPD bis zu den  
Kapitalisten verantwortlich gezeichnet wird, hat der Profit der  
deutschen Bourgeoisie nie geahnte Dimensionen angenommen.

Doch die ganze Budgetvorlage füllt sich ein Massenbetrag  
ist, geht vor allen Dingen aus der Forderung nach der Ver-  
längerung des Arbeitskontinkents heror. Durch die Reichs-  
regierung ist seit Jahren der Rechtsraum-Konzern so unterstellt  
worden, daß es ihm bekanntlich gelungen ist, fast 90 Prozent  
der gesamten deutschen Zigarettenproduktion an sich zu reißen.  
Dieser Konzern hat dadurch ein absolutes Monopol erhalten und  
bemüht sich, durch das Kontingent eine Verkaufsorganisation  
aufzubauen, durch die die ganzen — etwa 600 000 an der Zahl  
Zigarettenhändler ausgeschaltet werden sollen. Er will  
auch den heutigen riesigen Monopolprojekten nach den Handels-  
projekten die Konkurrenz völlig ausmachen. Es  
ist klar, daß diese Bemühungen letztlich nichts  
mit finanziellen Mitteln zu tun haben, sondern  
sollen, auch die Mittellosen ebenso wie die  
Profits des Trusts wählen auszuländern. Es  
ist klar, daß die Rechtsraum-Konzern über  
den ganzen Weltmarkt hinauswirken will.

## Die Sowjetmacht — die feste Macht der Welt!

### Der politische Bericht des Genossen Stalin auf dem 16. Parteitag der KPD

Moskau, 28. Juni. Im politischen Bericht des Zentral-  
komitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion auf dem  
16. Parteitag analysierte Genosse Stalin eingehend die  
internationale Lage und die innere Lage der Sowjetunion.

Der Schlußteil des Referats, der den Fragen der Partei  
gewidmet war, füllte die gesamte Abendfüllung aus.

Der Bericht wurde von den Delegierten mit gespanntester  
Aufmerksamkeit entgegengenommen und wiederholte von lang-  
andauernden Beifallsbezeugungen unterbrochen. Nach Be-  
endigung des Berichts erhoben sich die Delegierten von ihren  
Stühlen und bereiteten ihrem Führer eine stürmische Ovation, die  
zehn Minuten dauerte.

### Das Referat des Genossen Stalin

Genosse Stalin beginnt mit einer kurzen Analyse der Welt-  
wirtschaftslage, der tiefsten und ernstesten aller his-  
torischen Krisen. Darauf folgte die Darlegung der

### Sieg der Revolutionären in Bolivien

Neuark, 30. Juni. ( Eig. Drahtbericht.)  
Die Revolution triumphiert in ganz Bolivien. Die Re-  
volution hat eine nötige Rückendeckung und mußte zurück-